

Vorstandssitzung des Fachverbandes der Kämmerer NRW am 05.05.2009 in Nottuln

Auf Einladung von Bürgermeister Peter Amadeus Schneider und Kämmerer Klaus Fallberg tagte der Vorstand des Fachverbandes der Kämmerer in NRW e.V. am 05. März 2009 im denkmalgeschützten Ambiente der Alten Amtmannei in Nottuln, Kreis Coesfeld. Es war zugleich die erste Sitzung des erweiterten Vorstandes unter der Leitung des neuen Vorsitzenden des Fachverbandes Manfred Abrahams, Kämmerer der Stadt Krefeld.

Erstmals als neue Gäste im Kreis des Vorstandsvorstands konnte der Vorsitzende die Herren Christoph Wolff und Markus Krampe willkommen heißen. Herr Wolff, Dipl. Volkswirt und Direktor des Geschäftsbereichs Verbund, ist von der WestLB AG als Nachfolger des zum Jahresende 2008 in Ruhestand verabschiedeten Hans-Rolf Müller benannt worden. Herr Krampe ist Referatsleiter Öffentliche Kunden bei der WL Bank AG in Münster, einer Genossenschaftsbank, die dem Fachverband ebenfalls seit Jahren durch fördernde Mitgliedschaft verbunden ist.

In seinen Begrüßungsworten bezeichnete Bürgermeister Schneider das westfälische Nottuln als eine „kleine aber feine“ Kommune mit etwas mehr als 20.000 Einwohnern, die gut im „Windschatten“ der großen, liebenswürdigen Stadt Münster leben kann. Er hob das für ein funktionierendes Gemeinwesen notwendige Amt des Kämmerers hervor und bekräftigte seine hohe Wertschätzung für diese Aufgabe. Durch die gute Zusammenarbeit mit dem Kämmerer sei in Nottuln ein intensiver Diskurs in dem Spannungsfeld des politisch Wünschenswerten und des finanziell Sinnvollen und Machbaren gewährleistet und die guten Ergebnisse in Nottuln zu erklären, die sich in einer hohen liquiden Spitze und der Verwirklichung besonderer Projekte zeigen, z. B. den im letzten Jahr eröffneten, landesweit ersten Fotovoltaikpark in der Größe von 7 Hektar und einer Leistung von 1,2 Megawatt.

Das Referatsthema der Vorstandssitzung befasste sich mit den Möglichkeiten einer interkommunal vernetzten Verwaltung am Beispiel der Zentralisierung von Finanzdienstleistungen. Referent Klaus Fallberg erläuterte, dass die Gemeinde Nottuln zu den ersten Kommunen in NRW gehört habe, die bereits zum 01.01.2005 auf NKF umgestellt haben, trotz fehlender gesetzlicher Regelungen und Ausführungsbestimmungen. Dies war zwar mit vielen Schwierigkeiten verbunden, hat sich aber letztlich gelohnt, da umfangreiches Wissen aufgebaut werden konnte, mittlerweile alle Probleme gelöst wurden und sich daraus auch der Wille zur interkommunalen Zusammenarbeit entwickelt hat. Mit der Nachbargemeinde Havixbeck wurden erste Überlegungen angestellt, ein gemeinsames Buchungsgeschäft zu organisieren. Daraus entstand der Wunsch, gemeinsam dann auch die Kasse, die Vollstreckung und den Jahresabschluss durchzuführen. Schließlich wurde auch eine Mitwirkung bei der gemeinsamen Haushaltsplan-Aufstellung vereinbart. Die Zielrichtung war, Fachwissen an einer Stelle zu bündeln und mittelfristig Ressourcen zu sparen, z.B. durch ein papierloses Daten- Management- System, das bis 2010 realisiert werden soll. Mittlerweile wird versucht, das neue Finanzdienstleistungszentrum auch anderen Kommunen schmackhaft zu machen. Es gab bereits vielversprechende Gespräche mit Verwaltungsleitungen.

Früh zeigte sich auch, dass zur weiteren Umsetzung des Konzepts ein „neutraler Dritter“ wichtig und notwendig ist. So wurde im Frühjahr 2007 die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) eingeschaltet, die in 2008 zu dem angestoßenen Projekt der interkommunalen Zusammenarbeit ein rundum positives Gutachten vorgelegt und sich bereit erklärt hat, den weiteren Prozess zu begleiten.

Im Rahmen einer gemeinsamen Ratssitzung der Gemeinden Nottuln und Havixbeck wurde einstimmig beschlossen, zum 01.01.2009 am Standort Nottuln ein gemeinsames Finanzzentrum „Baumberge“ zu errichten. Durch Aufnahme in das Landesprojekt „Vernetzte Verwaltung“ konnte eine 50%-ige Förderung durch das Land einschließlich wissenschaftlicher Begleitung als Modellprojekt erreicht werden. Zielrichtung ist die Erstellung einer Art „Masterplan“ bis Ende 2009, der anderen Kommunen helfen soll, etwas Vergleichbares aufzubauen.

Die Frühjahrstagung des Fachverbandes der Kämmerer NRW am 25.06.2009 im Kultur- und Medienzentrum „Medio.Rhein-Erft“ in Bergheim wird thematisch die Finanzsituation der Städte und Gemeinden in den Mittelpunkt stellen. Dabei soll die Problematik der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen den Kommunen, die einen Haushalt vorlegen können, der (zumindest) nahe dem Haushaltsausgleich ist und den Städten in NRW, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Haushalte ohne die Hilfe von Dritten auszugleichen, beleuchtet werden. Inzwischen ist bei den Kassenkrediten nach neuesten Berechnungen für NRW die 14-Milliarden-Grenze überschritten! Das Problem der chronischen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden muss daher dringend angepackt werden. Vor allem deshalb, weil das Bewusstsein dafür, wo die Entwicklung eigentlich hingeht, nicht überall so präsent und ausgeprägt ist wie im Kreis der Kämmerer, vor allem nicht bei manchen NRW-Landespolitikern. Daher muss deutlich gemacht werden, dass sich trotz der positiven Finanzierungssalden der letzten 2-3 Jahre bei der langfristigen Betrachtung erschreckende Werte für die NRW-Kommunen ergeben haben. So liegt in der Langzeitbetrachtung seit 1985 der Finanzierungssaldo beispielsweise in Baden-Württemberg bei plus 4 Milliarden Euro, in NRW im gleichen Zeitraum bei mehr als minus 20 Milliarden Euro. Das zeigt deutlich, dass nicht nur ein Problem der interkommunalen Verteilung besteht, sondern auch der strukturellen Unterversorgung, aus der es nur die Lösungen „mehr Geld“ oder „Aufgabenreduzierung“ gebe. Im Rahmen der Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs müssen Strukturen, die diese Probleme zugunsten der Städte und Gemeinden lösen, dringend aufgenommen werden.

Der Bund der Steuerzahler hat im Oktober 2008 bei allen 396 NRW-Kommunen eine Umfrage zu Zins-/Derivatgeschäften durchgeführt. Das Ergebnis dieser Umfrage war in den folgenden Wochen Gegenstand von Medienberichterstattungen, allerdings in einer unangemessenen Art und Weise, wie der Vorsitzende erklärte. In der anschließenden Diskussion wurde bereits die Umfrage des BdSt von einigen Mitgliedern als unsachlich empfunden, weil sie in den Fragestellungen mit dem Begriff „Zinswette“ schon sehr tendenziös war.

Die Kritik führt fatalerweise auch dazu, dass sich manche Kommunen aus grundsätzlichen Erwägungen gänzlich von den Derivatgeschäften verabschieden und nur noch auf konventionelle Art Kreditgeschäfte abwickeln, obwohl Zinssicherungs- und Zinsoptimierungsgeschäfte im Saldo meist über Jahre erfolgreich zugunsten des Steuerzahlers gelaufen sind. Es wird als bedauerlich angesehen, dass diese Entwicklung infolge der Berichterstattung eingetreten ist. In einem Gespräch mit dem Bund der Steuerzahler in Düsseldorf soll die Position des Vorstands zu Derivatgeschäften deutlich gemacht werden.